Presseinformation

Apothekenreform stärkt Apotheken nicht – ABDA kündigt Widerstand an

ABDA – Bundesvereinigung
Deutscher Apothekerverbände e.V.

Heidestr. 7
10557 Berlin

Telefon 030 40004-132
E-Mail presse@abda.de
Web www.abda.de

Berlin, 17. Dezember 2025 – Die heute vom Bundeskabinett beschlossene Apothekenreform wird die sehr angespannte Situation der Apotheken aus Sicht der ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände nicht verbessern. Die zukunftsfeste und krisensichere Arzneimittelversorgung für Millionen Menschen in ganz Deutschland wird durch die Reform sogar gefährdet. So ignoriert der Entwurf der Bundesregierung für ein Apothekenversorgungs-Weiterentwicklungsgesetz (ApoVWG) den Koalitionsvertrag, demzufolge das Apothekenhonorar nach Jahren des Stillstands von 8,35 auf 9,50 Euro angehoben werden soll, um die Apotheken finanziell zu stärken. Deshalb appelliert die Apothekerschaft nun an Bundestag und Bundesrat, die zahlreichen Mängel des vorliegenden Reformpakets im Gesetzgebungsverfahren zu beseitigen. Denn nicht nur durch die komplett ausgeklammerte Honorarfrage ist die Reform in gefährlicher Weise unzulänglich. Auch die vom Bundesgesundheitsministerium geplanten strukturellen Veränderungen greifen die Grundsäulen des sicheren Apothekensystems fundamental an.

ABDA-Präsident Thomas Preis sagt: „Der Kabinettsentwurf enttäuscht uns. Wir brauchen dringend eine wirtschaftliche Stärkung der Apotheken. Aufgrund der chronischen Unterfinanzierung des Apothekensystems haben wir seit 2013 schon fast 20 Prozent aller Apotheken verloren. Jede Apotheke, die aufgeben muss, erschwert die Wege für Patientinnen und Patienten zum benötigten Arzneimittel. Auch die Pläne des Ministeriums, die Leitung einer Apotheke zeitweise aus den Händen von Apothekerinnen und Apothekern zu geben, lehnen wir ab. Apothekerinnen und Apotheker müssen zu jeder Zeit anwesend sein, denn ohne sie können viele Leistungen gar nicht erbracht werden. Der Gesetzgeber muss nun entschlossen handeln, um das vorliegende Apothekenreformgesetz doch noch zu einem Apothekenstärkungsgesetz zu machen! Wir werden die kommenden Monate nutzen, um mit den Bundestagsabgeordneten ins Gespräch zu kommen.“

Preis weiter: „Es ist hingegen begrüßenswert, dass die Bundesregierung die Apotheken noch stärker in die Primärversorgung einbinden will. Die Apotheken können den Bürgerinnen und Bürgern so noch mehr Gesundheitsleistungen anbieten. Dazu zählen Dienstleistungen im Bereich von Prävention, Impfungen und Früherkennungstests in Apotheken. Es bleibt aber dabei: Nur wirtschaftlich gesunde Betriebe können solche Leistungen erbringen. Wenn die Bundesregierung die Apotheken stärker in die Versorgung einbinden will, dann müssen die Apothekenbetriebe auch die wirtschaftlichen Grundlagen dafür haben. Dies sicherzustellen ist die Aufgabe der Bundesregierung, der sie jetzt unmittelbar nachkommen muss.“

Mehr Informationen auf www.abda.de

Ansprechpartner:
Benjamin Rohrer, Pressesprecher, 030 40004-131, b.rohrer@abda.de
Christian Splett, Stv. Pressesprecherin, 030 40004-137, c.splett@abda.de